

# Ein Regierungswechsel ist noch kein gesellschaftlicher Wandel

Interview mit der Frauenrechtsaktivistin Shreen Saroor nach der Parlamentswahl im August in Sri Lanka

Thomas Seibert

Der überraschende Regierungswechsel in Colombo im Januar 2015 ließ die Tamil(inn)en hoffen, dass ihre Wünsche und Forderungen die Aufarbeitung der Kriegsverbrechen betreffend nun endliche Gehör finden und umgesetzt würden. Nach Einschätzung von Shreen Saroor tat die neue Regierung bis jetzt jedoch nur so viel, wie nötig war, um die tamilischen Stimmen bei den Parlamentswahlen im August für sich zu gewinnen. Noch bleibt offen, wie mutig die Koalition Sirisenas ihr Versprechen eines guten Regierens umsetzen wird, für das eine umfassende Auseinandersetzung mit den in der Vergangenheit begangenen Menschenrechtsverletzungen die erste Voraussetzung ist.

**Thomas Seibert:** *Seit mehr als zehn Jahren bist du eine der streitbarsten zivilgesellschaftlichen Aktivistinnen Sri Lankas, verwickelt ebenso in grassroots-Organisationen wie in internationale Advocacy-Arbeit. In den letzten Monaten und Wochen hast du erstmals Wahlkampf gemacht, auf vielen Frauenversammlungen für die Wahl der „Yaba Palaanaya“-Koalition geworben. Wie geht das zusammen?*

**Shreen Saroor:** Ich habe meinen zivilgesellschaftlichen Aktivismus immer schon politisch verstanden und die absurde Trennung von Politik und Zivilgesellschaft schon als Feministin verworfen. Wenn ich jetzt die neue Regierung unterstütze, geht es mir nach wie vor um die gesellschaftlichen Veränderungen, für die wir schon lange kämpfen. Unser Land hat unter dem abgewählten Regime furchtbar gelitten, die Rajapaksa-Familie hat alle demokratischen Strukturen vollständig ruiniert und sich in unser ganzes Leben eingemischt. Das Regime wollte eine De-facto-Monarchie etablieren, die Korruption war uferlos und die Minderheiten wurden immer stärker unterdrückt. Weil ein Sturz der Rajapaksas nur durch eine gesellschaftliche Mobi-

lisierung zu erreichen war, haben viele von uns seit der Ansetzung der Präsidentschaftswahlen im September 2014 Tag und Nacht dafür gearbeitet, einen gemeinsamen Kandidaten der Opposition zu finden und dann auch zum Sieg zu führen. Was wir in den letzten Wochen vor der Wahl im August getan haben, diente der Fortführung und der Sicherung dieses Prozesses: Wir haben befürchtet, dass Rajapaksa über die Parlamentswahlen an die Macht zurückkehren könnte, entweder als Premierminister oder auch – das hätte schon gereicht – als Oppositionsführer. Indem wir das verhindert haben, wurde ihm und seiner Familie endlich die Lektion zuteil, die sie verdient haben.

*Was erwartest du von der neuen Regierung?*

Meine Erwartungen sind sehr bescheiden, ich habe nur wenige Illusionen. Sieht man von der Wiederherstellung der demokratischen Verfassung ab, liegt die dringlichste Aufgabe natürlich in der längst überfälligen Anerkennung der berechtigten Anliegen der tamilischen Minderheit. Gerade da

aber hat sich die neue Regierung bisher nicht hervorgetan, nicht einmal in den dringlichsten Dingen, trotz allen Geredes von *transitional justice* (Aufbau eines Rechtsstaats in Übergangsgesellschaften).

Ein Fortschritt liegt sicher in der Einrichtung des „Büros für Einheit und Versöhnung“ unter der Leitung der Ex-Präsidentin Chandrika Bandaranaike Kumarathunga. Als sie vor fast 20 Jahren ins Amt gewählt wurde, haben wir, wie heute, auf einen demokratischen Aufbruch gehofft. In ihre Amtszeit fiel dann ja auch der leider nur wenige Jahre andauernde Waffenstillstand zwischen dem Staat und den tamilischen Rebell(inn)en. Ihr Mandat als Leiterin des Versöhnungsbüros erstreckt sich bis jetzt allerdings nur auf die Gewährung von Reparationen für Fälle des Verschwindenlassens von *Tamil-Tiger*-Rebellen und -Rebellinnen, die sich gegen Kriegsende nachweislich ergeben haben. Das ist zu wenig. Dazu passt, dass sich die Regierung bisher auf die Maßnahmen beschränkt hat, die unverzichtbar waren, um bei den Wahlen tamilische Stimmen zu gewinnen. Man hat das Militär von den

Straßen in die Kasernen zurückbeordert, es wurden Kommissionen im Amt bestätigt, die sich um die Vermissten kümmern sollen, und man hat die Arbeit und den Kampf der hier besonders engagierten Frauengruppen zumindest offiziell anerkannt. Außerdem wurde an ausgewählten Orten wie Jaffna und Sampoor militärisch besetztes Land geräumt und an die vertriebenen Familien zurückgegeben. All das wird nicht reichen!

*Was müsste geschehen?*

Als Maithripala Sirisena im Januar 2015 zum Präsidenten und damit zum Nachfolger Rajapaksas gewählt wurde, haben die Tamil(inn)en als Zeichen des guten Willens wenigstens erste Maßnahmen zur Erfüllung ihrer wichtigsten Forderungen erwartet: die Freilassung von Gefangenen und die Eröffnung neuer, offener und ernsthafter Untersuchungen zum Schicksal der Tausenden von Verschwundenen, weitgehende Rückgabe geraubten Landes und erste Schritte zur Demilitarisierung des Nordens und Ostens einschließlich der Einstellung der wirtschaftlichen Aktivitäten der Armee, die Abschaffung der flächendeckenden Überwachung und schließlich die formelle Eröffnung der Untersuchung der Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen vor allem in der letzten Phase des Krieges.

Nun kann man sagen, dass so etwas nicht so schnell gemacht werden kann, auch und gerade aus Rücksicht auf die singhalesische Mehrheit. Doch ging es ja nur um erste, wenn auch sichtbare und wenigstens symbolisch bedeutsame Schritte. Gemessen daran ist in immerhin acht Monaten jedoch zu wenig geschehen. Um ein Beispiel zu geben: Schon das alte Regime war bereit, Reparationen zu zahlen, wenn die Angehörigen von Verschwundenen sich mit der Aushändigung von Todesurkunden zur Einstellung ihrer Suche bereit erklärten. Die neue Regierung übt hier zwar deutlich weniger Druck aus und bietet zusätzlich zu den finanziellen Entschädigungen psychosoziale Hilfe und längerfristige Beihilfen zum Ein-

kommen an. Doch sollen sich die Leute weiterhin damit zufrieden geben, dass nach dem Schicksal der Verschwundenen nicht weiter geforscht wird.

*Für die dringend notwendige Aufarbeitung der in Ausmaß und Intensität ungeheuren Kriegsverbrechen des alten Regimes verbeißt das nichts Gutes?*

Schlimmer noch: hochrangige mutmaßliche Kriegsverbrecher wurden noch einmal befördert. Man hat damit zwar ihre baldmöglichste Versetzung in den Ruhestand erkaufte, doch ist das nicht einmal im Ansatz eine Lösung. Nein, was bisher geschehen ist, reicht höchstens aus, um die Regierung vom internationalen Druck zu befreien. Und das ist mittlerweile auch geschehen: Das Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte hat die Vorlage seines Sri-Lanka-Berichts aufgeschoben, um der Regierung mehr Zeit einzuräumen. Zeit, die den Müttern, Frauen, Geschwistern und Kindern der Getöteten, Verschleppten und Verschwundenen fehlt.

*Glaubst du denn noch, dass die Koalition ihr Versprechen eines *Yaba Palaanaya*, eines guten Regierens, überhaupt angehen will?*

Für mich steht und fällt *Yaba Palaanaya* mit den vier Säulen eines wirklichen Prozesses von *transitional justice*: Die Bereitschaft zur Wahrheit, die Übernahme von Verantwortung, eine gerechte Entschädigung und schließlich die Sicherheit, dass sich das, was geschehen ist, nicht wiederholen wird. Diese vier Säulen bedingen sich gegenseitig. Fehlt eine, brechen die anderen zusammen. Meint die neue Regierung ihr Versprechen von Demokratie und *Yaba Palaanaya* ernst, dann braucht sie eine offene Untersuchung der Kriegsverbrechen ebenso wenig zu fürchten wie die dafür notwendige Unterstützung durch internationale Expert(inn)en und UN-Mechanismen. Ist die Regierung des Präsidenten Sirisena und seines Premierministers Ranil Wickremesinghes dazu bereit, dann wird sie anders handeln als alle Regierungen vor ihr, und

dann werden wir in Sri Lanka einen demokratischen Umbruch haben, der sich in einem neuen Verhältnis zu den Minderheiten bewährt und beweist.

Ob ich glaube, dass die Regierung dazu bereit ist? Sehen wir zu. Der Sri-Lanka-Bericht des UN-Hochkommissars wird demnächst veröffentlicht werden, und es wird eine weitere Resolution des UN-Menschenrechtsrats zu Sri Lanka geben. Diese Resolution wird wieder von den USA eingereicht, und sie wird mit der neuen Regierung abgestimmt sein. Die US-Delegation, die dazu kürzlich in Colombo war, hat bereits erklärt, dass man sich zunächst einmal mit einem inländischen Prozess zur Aufarbeitung der Kriegsverbrechen zufrieden geben wird. Unsere Frauengruppen und die Zivilgesellschaft sind damit nicht einverstanden, doch wir wurden nicht konsultiert. Unklar ist, ob ein solcher Prozess überhaupt international begleitet werden wird und wenn ja, in welcher Weise. Die Regierung spricht von einer Beteiligung des Internationalen Roten Kreuzes und des UN-Friedensfonds. Zugleich hat sie ein Opfer- und Zeugenschutzgesetz erlassen, bis jetzt aber noch keine Ausführungsbestimmungen vorgelegt. Außenminister Samarasweera wird nach Genf reisen, und er wird für die Durchführung des Prozesses möglichst viel Zeit verlangen. Da stehen wir, und deshalb brauchen wir nach wie vor internationale Aufmerksamkeit für das, was hier geschieht.

### **Zur Interviewpartnerin:**

Shreen Saroor ist Frauenrechtlerin mit tamilisch-muslimischem Hintergrund, Gründerin der MWDF (*Mannar Women's Development Federation*) und später des WAN (*Women's Action Network*), eines landesweiten Zusammenschlusses lokaler Frauengruppen. Sie setzt sich seit Jahren für die Aussöhnung zwischen Tamilen und Singhalesen ein und ist Trägerin des Bremer Friedenspreises 2011.

### **Zum Interviewer:**

Das Gespräch führte Thomas Seibert, der es auch aus dem Englischen übersetzte. Er ist Südasienreferent bei medico international.